

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 4)



Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2,15 Mk. in Würtemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 248

Montag, den 9. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Bekämpfung des Schleichhandels.

Eine der dringendsten Aufgaben der neuen Regierung wird es sein, mehr als bisher den gewerbsmäßigen Schleichhandel und die übermäßige Vorverpackung einzelner gewissenloser Weibleute zu verhindern. Die Bekämpfung wird nach drei Richtungen zu erfolgen haben. Zunächst muß bei dem Erzeuger, der der eigentliche Belieferer des Schleichhandels ist, dafür Sorge getragen werden, daß die ihm nicht zur Selbstversorgung zureichenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse zur Ablieferung gelangen. Die Ueberwachung der landwirtschaftlichen Betriebe in dieser Richtung bildet eine wesentliche und wichtige Aufgabe der neuen Bauernräte. Die hierzu notwendigen Anweisungen an die Bundesregierungen und Kommunalverbände sind bereits erlassen.

Schwieriger gestaltet sich die Verhinderung des Schleichhandels im großen, also die Verschlebung von Wagonladungen mit rationierten Lebensmittel durch die Bahn und von Händler zu Händler. Bei der Veriftenheit, mit der der gewerbsmäßige Schleichhändler unter Fälschung von Frachttulunden und Ausweispapieren vorgeht, kann auf diesem Gebiete nur mit geschultem, sachlich ausgebildetem Personal gearbeitet werden. Die Schritte, solches Personal in stärkerem Umfange zu gewinnen, sind eingeleitet. Es wird aber ferner eine neue Organisation der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere des Kriegswirtschaftsamt, erforderlich sein, um in jedem Einzelfall ohne Hemmung von Zuständigkeitsfragen mit Schärfe und Erfolg zuschlagen zu können. Nach dieser Richtung schweben bereits Verhandlungen zwischen den verschiedenen beteiligten Behörden.

Schließlich handelt es sich darum, da, wo übermäßige Vorräte zum Schaden der Allgemeinheit aufgehäuft worden sind, diese sogenannten Hamsterlager festzustellen und dem allgemeinen Verbrauch zuzuführen. Wie das bisherige vereinzelt vorgehen von Arbeiter- und Soldatenräten bereits gezeigt hat, ist diese Aufgabe durchaus nicht leicht zu lösen, wenn man vermeiden will, daß rechtmäßig erworbene Vorräte den Besitzern weggenommen werden. Man wird bedenken müssen, daß der Geist der Vorkriege für kommende schwere Zeiten der Bevölkerung erhalten bleiben muß und daß ein pumpes und ungeschicktes Zufassen leicht auch die Besitzer kleiner erlaubter Vorräte veranlassen könnte, diese in unwirtschaftlicher Weise zu verzehren oder zu vergeuden. Das Reichsernährungsamt beschäftigt sich auf das eingehendste damit, Richtlinien für ein einheitliches und sachgemäßes vorgehen auf diesem Gebiete aufzustellen. Es erscheint erwünscht, daß die einzelnen örtlichen Stellen sich bis zum Erscheinen dieser Richtlinien solcher Sondermaßnahmen enthalten. Die Richtlinien werden versuchen, allen Ansprüchen, insbesondere auch derjenigen Volkskreise, die durch Heeresangehörige erlaubterweise Nahrungsmittel erhalten und vorförmlich aufbewahrt haben, gerecht zu werden. Es kann daher vor dem vorzeitigen Verzehr und der Vergeudung solcher Lebensmittel nur dringend gewarnt werden.

Die Umwälzung im Reich.

Ausbreitungen in Berlin.

Berlin, 7. Dez. Gestern hatte die Spartakusgruppe verschiedene Versammlungen von Urlaubern und Fahnenflüchtigen einberufen. Letztere protestierten dagegen, daß sie von der Wahl zu den Soldatenräten ausgeschlossen seien. Die Agitation der Spartakusleute hatte aber unter den heimgekehrten Frontsoldaten des Gardekorps große Erregung hervorgerufen und schon am Vormittag soll die Berliner Garnison alarmiert worden sein, ohne daß man weiß, wer den Befehl gegeben hat. Jedenfalls ist das Generalkommando nicht beteiligt. Nachmittags kam es, als die Demonstranten aus den Versammlungen geschlossen zum preuß. Abgeordnetenhaus, wo der Vollzugsausschuß der A.-S.-Räte seinen Sitz hat, marschieren wollten, da das Gerücht verbreitet war, der Vollzugsausschuß sei verhaftet worden, zu einem Zusammenstoß mit den Frontsoldaten, die dem Zug mit Waffen entgegen traten. Von Seiten der Demonstranten soll zuerst geschossen worden sein. Mindestens 20 Tote und 40 schwer Verwundete blieben am Platz. Eine Soldatenabteilung hatte, wie sich bestätigte, unter Führung eines Bizefeldwebels Franz Fischer auf Grund eines angeblich vom Rat der Volksbeauftragten ausgestellten Befehls den Voll-

zugsrat verhaftet, auf Veranlassung des Volksbeauftragten Barth, der gerade dazu kam, aber wieder freigegeben. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß der Befehl von Beamten des Auswärtigen Amtes und des Arbeiter- und Soldatenrats, Marten, Graf Matuschka und Fehr. v. Rheinbaben ausgestellt worden sei. Fischer und Marten sind verhaftet, die beiden anderen sind flüchtig.

Zu gleicher Zeit zogen viele Hunderte von Soldaten unter dem Soldatenführer Spiro vor das Reichslanzlerhaus, den Sitz des Rats der Volksbeauftragten. Spiro hielt eine Ansprache und rief den Volksbeauftragten Ebert zum ersten Präsidenten der deutschen Republik aus. Ebert erwiderte, er könne und wolle nichts annehmen, ohne mit seinen Freunden und dem Rat der Volksbeauftragten gesprochen zu haben. Auf seine Ermahnung zogen die Soldaten in Ruhe ab.

Am Samstag marschierte wieder ein sehr großer Zug von Demonstranten durch die Straßen; im Zug fuhr ein mit Maschinengewehren versehener Kraftwagen, von dem aus Viehrecht Ansprachen hielt. Als die Menge die Bibliothek stürmen wollte, machte die Wache ihre Maschinengewehre schußfertig, worauf die nach Tausenden zählende Menge auseinanderlief. Vor der Kommandantur haute sich wieder eine Ansammlung an. Viehrecht erging sich in Verwünschungen gegen den Kommandanten Wels (Mitglied des A.S.R.). Ein anderer Redner forderte die Menge auf, zu den Waffen zu greifen und Wels und die Scheidemänner zu verjagen. Zu einem Angriff kam es indes nicht. (Die Berichte über die bedenklichen Ereignisse sind noch sehr lückenhaft, so daß es bis jetzt nicht möglich ist, sie klar zu übersehen. D. Schr.)

Au die Arbeitslosen.

Berlin, 7. Dez. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wendet sich in einem Aufruf an die werktätige Bevölkerung Deutschlands. In dem Werkbau und die auf höchste gestiegene Kohlennot hingewiesen. Die Arbeitslosen werden aufgefordert zu helfen, die Kohlen zu fördern. Der Textilindustrie mangle es an eigenen Maschinen, der Bauwirtschaft an eisernen Werkzeugen und Geräten. Im Transportgewerbe, dem Triebwerk des Volkslebens, herrsche vielerorts Arbeitsmangel. 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen seien von der Entente weggenommen worden, weshalb mit dem verbliebenen Rest gut gewirtschaftet und der Güterumlauf durch schnelles Entladen geregelt werden müsse. Auch die Land- und Forstwirtschaft klagten über Arbeitermangel, Getreide bleibe ungedroschen in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit. Es fehle aber auch an Bau-, Bahn- und Grubenholz. Der Aufruf ermahnt die Arbeitslosen, nicht in den großen Städten zu bleiben, in deren Fabriken jetzt die Feldgrauen hineinstürmen, die ein Recht auf ihre alten Plätze haben. Der Aufruf schließt mit der Mahnung an die Volksgenossen, durch Arbeit sich selbst und den anderen zu nützen, wahre Solidarität zu erkennen und zu üben, um nicht am Untergange des Volkes mitschuldig zu werden. Bei Arbeitswechsel werde freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

Auflösung der A.-S.-Räte verlangt?

Berlin, 7. Dez. Die Blätter melden, die Verbände haben die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräten einer bestimmten Frist verlangt, widrigenfalls Deutschland keine Lebensmittel erhalte und die Besetzung erfolge.

Ueberfall auf Minister Auer.

München, 7. Dez. Eine Anzahl radikaler Internationalisten drang in der Nacht bei dem Mitglied der vöcl. Volksregierung Auer ein und zwang ihn unter Todesbedrohung, seinen Austritt aus der Regierung zu erklären. Die vöcl. Hoffmann meldet nun amtlich, der Ministerrat spreche seine tiefste Entrüstung über den Ueberfall aus. Die erwartete Erklärung sei selbstverständlich null und nichtig. (Die öffentliche Meinung in Bayern wünscht den aus Bayern gebürtigen Auer an Stelle des landesfremden Eisner, der seine Anhänger nur noch in den Kreisen der Allerradikalen hat. Aus diesen Kreisen ist der Anschlag hervorgegangen.)

München, 7. Dez. Das Pressebureau des Arbeiter- und Soldatenrats meldet: Der Aktionsausschuß des provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates des Freistaates Bayern fordert von der bayerischen Regierung, daß sie ge-

genüber der Reichsregierung folgende Erklärung abgibt: Wenn 1. anstelle Solfs ein unkompromittierter Mann getreten ist und 2. die Zusicherung abgegeben wird, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnehmen wird, hält sie das Auswärtige Amt wieder für verhandlungsfähig.

Berlin, 7. Dez. Dem Erzbischof von Köln ist von der preussischen Regierung auf die bei ihr eingelegte Verwahrung gegen die Trennung von Staat und Kirche geantwortet worden, daß zunächst nur allgemeine Erwägungen im Ministerium für Wissenschaften stattgefunden haben. Sollte die Angelegenheit festere Gestalt gewinnen, so müßte zunächst die preussische Regierung damit befaßt werden.

Berlin, 7. Dez. Auf den drei Schiffsdeckeln des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen (Sohn des Generalfeldmarschalls Prinz Friedrich Karl) ist nach der „Deutschen Tagesztg.“ die rote Fahne geißt.

Neues vom Tage.

Die Engländer in Köln.

Köln, 7. Dez. Heute nachmittag kamen 4500 Mann englische Infanterie in den westlichen Vororten Kölns an und bezogen Privatquartiere. Die zur Verfügung gestellten öffentlichen Gebäude wurden nicht benützt.

Verlängerung des Waffenstillstands.

Berlin, 7. Dez. Das französische Oberkommando hat die deutsche Oberste Heeresleitung um Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstands ersucht. Die Verhandlungen sollen am 12. oder 13. Dezember in Trier stattfinden.

360 Milliarden Entschädigung für Großbritannien.

London, 7. Dez. Nach „Daily Mail“ soll Lord George erklärt haben, Großbritannien und die Kolonien werden von Deutschland eine Geldentschädigung von 18 Milliarden Pfund Sterling verlangen.

London, 7. Dez. (Reuter.) Geddes, der Minister des Nationaldienstes, sagte in einer Rede in Plymouth, England könne Deutschland nicht erlauben, in Waren zu bezahlen, sonst würde Englands eigene Industrie lahmgelegt. Deutschland müsse mit allem Gold, das es besitzt, und mit seinen Rohstoffen bezahlen. Es könne mit Arbeit zahlen, indem es die schönen Gebiete Frankreichs und Belgiens, die es verwüstet hat, wieder herstelle.

In einer Wahlversammlung in Leeds sagte Lord George: Nachdem wir den größten Kampf um den Fortschritt der Menschheit gewonnen haben, müssen wir mit allen Kräften trachten, England auf eine Höhe emporzubringen, wie sie noch nie dagewesen ist.

Unerhörte Bedrohungen.

Berlin, 7. Dez. Der englische Admiral Browning, an den die Vollmachten des Admirals Beatty in den Waffenstillstandsverhandlungen übergegangen sind, tritt dieser Tage in Hamburg ein. Die Verbündeten verlangen die Auslieferung nicht nur aller in deutschen Häfen internierten Schiffe der verbündeten Staaten, sondern auch die „guten Briten“, d. h. Schiffe, die nach Vöclerecht auf offener See von den Deutschen genommen worden sind. Auf deutschen Einspruch erwiderte Admiral Browning, hier gebe es keine Rechtsfrage. Die auszuliefernden Schiffe müssen von Deutschland mit Proviant und Kohlen ausgestattet werden. Die Ueberführung, einschließlich der Mannschaften, hat durch deutsche Schiffe bis zum 17. Dezember zu erfolgen. Sämtliche deutschen Kriegsschiffe sind außer Dienst zu stellen, die Mannschaften müssen an Land gehen. Ueber alle fertigen und im Bau befindlichen Schiffe jeder Art ist eine Liste zu übergeben. Die Luftschiffwerft in Friedrichshafen soll genau untersucht werden.

Die deutsche Schifffahrt in der Ostsee verboten

Berlin, 7. Dez. England hat in Kopenhagen amtlich mitgeteilt, daß die deutsche Schifffahrt in der Ostsee von der Entente nicht mehr zugelassen wird. Dänische Schiffe können zwar fahren, aber es muß vorher ein Verabredung über die Ladung erfolgt sein. Nur Kal und Kohle, Halb- und Ganzfabrikate dürfen noch an Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark darf nur jene Nahrungsmittel, die auf Grund der Wirtschaftsverkommen vereinbart sind, ausführen. Neuliche Nachrichten legen aus Holland vor. — Die neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Wilsonplänen nicht zu ver-

Einbändige Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Knebelung Deutschlands, das zuerst entwaffnet wurde, und eine neue Verschlechterung unserer schweren Ernährungsfrage durch die unaussprechliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Weitere Quälereien.

Berlin, 8. Nov. Marshall Koch hat gestern der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entschliessung übergeben. Der Lebensmittelverkehr von der durch die alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig, in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist. Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der über die Post-, Telegraph- und Fernsprechverbindungen im Rheinland auszuführenden Kontrolle.

Diese Entschliessung steht mit dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens (Artikel 6 und Artikel 26) in Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest dagegen erheben.

Rückkehr der Internierten aus Holland.

Berlin, 7. Dez. Aus Holland sind 3200 internierte Kriegs- und Zivilgefangene zurückgeführt. Der Rest wird vor Weihnachten in Deutschland sein.

Die Welternährung.

London, 7. Dez. Der zurückgetretene Lebensmittelkontrollleur Clynes weist in einem Brief an den Präsidenten des Lebensmittelkomitees darauf hin, daß die Lage der Lebensmittelversorgung der Welt noch einige Zeit Besorgnis erregend bleiben wird. Weite Gebiete Europas seien im kommenden Winter von Hungersnot bedroht. Deshalb müßten die hauptsächlichsten Sicherungsmaßnahmen für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel während des Winters und des Frühjahrs in Kraft bleiben.

Ausland in England.

London, 7. Dez. Die Baumwollspinner in Lancashire werden ihre Betriebe schließen, wodurch 100 000 Arbeiter arbeitslos werden. Die Gewerkschaften verlangen eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um 40 Prozent. Die Arbeitgeber bieten 25 Prozent.

Die amerikanischen Verluste.

Bern, 7. Dez. Der amerikanische Pressdienst veröffentlicht folgende neue Verlustliste: Gefallen 28 263 an Wunden gestorben 12 101, an Krankheit gestorben 16 034, aus anderer Ursache gestorben 1980, vermißt 14 250, verwundet 189 955, Gesamtverlust 272 723.

Das bis zur Vernichtung.

Paris, 7. Dez. „Radical“ schlägt vor, die deutsche Staatsverwaltung unter die Aufsicht einer Kommission der Alliierten zu stellen, wie es in der Türkei war. — Der „Temps“ schreibt, die deutsche Revolution und die Nationalversammlung sind unwichtig für die Alliierten. Wichtig ist ein rascher Vorfrieden ohne die Erholung Deutschlands abzuwarten, da die deutsche Wirtschaftsfreiheit ausgenutzt werden muß. — „Victoire“ fordert die Ausweisung aller deutschen Beamten und Industriellen aus Europa, die Beschlagnahme der deutschen Industrieanteile in Frankreich ohne Entschädigung. — „Gaulois“ fordert die Einverleibung des Saarlandes. — „Petit Parisien“ fordert, daß mindestens der vierte Teil der militärischen Grenze Frankreichs werden müsse.

Verletzung der persönlichen Freiheit.

Essen, 8. Dez. Das Direktorium der Friedr. Krupp A. G. teilte dem Volksbeauftragten Ebert mit: Am 4. Dez. wurde ein Mitglied des Direktoriums mit anderen Bürgern von Essen vom Arbeiter- und Soldatenrat verhaftet, wie gesagt wurde als Sicherheitsbürgen für ein Abordnung des A. S. R., die gleichzeitig zum Divisionskommandeur berufen war. Das Direktorium erhebt gegen die widerrechtliche Verletzung der persönlichen Freiheit den stärksten Einspruch und verlangt Sicherungen gegen die Übergriffe.

— **Der Gruß der Bischöfe.** Die deutschen Erzbischöfe und Bischöfe haben an die heimkehrenden deutschen katholischen Soldaten einen herzlichen Willkommengruß gerichtet. Das Hirtenschreiben wurde von den Kanzeln verlesen.

— **Wiedervereinigung der beiden Eisenbahnerverbände.** In einer gemeinsamen Sitzung der Vorhandelskommission beider Eisenbahnerverbände Württembergs, die am 5. Dezember in Stuttgart stattfand, wurde

einmütig beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 an, den neuen und alten Eisenbahnerverband zu vereinigen. Die Geschäftsführung wird vorläufig gemeinschaftlich von beiden Vorhandelskommissionen weitergeführt.

— **Heeresauflösung.** Wie aus Heilbronn berichtet wird, haben sich in der dortigen Gegend zwei und eine halbe von der Westfront kommende österreichische Infanterie-Divisionen aufgelöst und ihr gesamtes Material darunter Geschütze und Motorbatterien in Unordnung bei der dortigen Bahnstation hinterlassen. Auch zahlreiche Wagen und 6000 Pferde blieben zurück, deren Erhaltung infolge Futtermangels gefährdet ist.

— **Schiebungen.** In Murrhardt wollten Händler einen geschlachteten und im Körben verpackten Ochsen in einem Waggon zwischen Christbäumen nach Mannheim schmuggeln. Das Fleisch wurde beschlagnahmt. In Welheim wollte ein Eisenbahnangehöriger fast ein „unter Weismehl“, den er mit den üblichen Scheingründen wie Rückkehr der Söhne aus dem Feld, Krankheit usw. bei den Bauern ergattert hatte, aus dem Bezirke schaffen, wurde aber abgefaßt und seiner Hantierbaute entledigt.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 7. Dez.** (Einzug.) Das Reserve-Infanterie-Regiment 119, das in der Nacht zum Samstag hier eingetroffen war, hielt heute seinen Einzug. Von der Pragschule zog es zum Redaktor, wo der stellv. Gouverneur, Oberst Ströhl, es im Namen der Garnison begrüßte. U. A. M. Hausmann überreichte namens der Stadt Vorbeerkränze, worauf der Kommandeur Oberst v. Schäfer dankte. Unter dem stürmischen Jubel der Tausende, die die Straßen umfüllten, marschierte dann das Regiment mit schwarz-roten Fahnen auf den Marktplatz, wo der Gesangsverein Ehrenfeld ein Lied sang. Gemeindevater Dr. Ludwig richtete an das tapfere Regiment eine begeisterte Ansprache, auch Justizminister v. Kiene sprach herzliche Worte des Willkommen, die Oberst v. Schäfer mit markiger Rede erwiderte. Nach einem weiteren Vortrag des Gesangsvereins zogen sodann die Truppen in strammer Ordnung in ihre Quartiere. Das Regiment hat in den Kriegsjahren in den Bogen, bei Cambrai, an der Aisne, bei Croixiers, La Voiselle, Beaumont, Thiépval, Allencourt, in den Flanderschlagten 1917, am Honthousterwald, bei Bray an der Somme, bei Bis en Artois und vielen anderen Orten in heldenhaften Kämpfen ausgezeichnet und nie besiegte sich unergänglichen Ruhm und den unaussprechlichen Dank des Vaterlandes erworben.

Die 7. (württ.) Landwehr-Division (Reg.-Zust. Regt. 122, Landw.-Zust. Regt. 121, 126, Landw.-Zust. Regt. 1 usw.) wird in nächster Zeit von Odesins Stappengebiet Bug befreit, wo sie den Bahnschutz übernehmen soll. Seit 10 Tagen ist in der Division ein Soldatenrat gebildet.

Bei den beim Oberkommando Madrasen befindlichen württemb. Truppen ist der Zustand zufriedenstellend. Die Stimmung hat sich gehoben, nachdem bekannt geworden ist, daß sämtliche Truppen der Heeresgruppe mit der Bahn zurückbefördert werden und der unterbrochene Bahntransport wieder aufgenommen worden ist.

Die Inf.-Gesch.-Batt. 22 (1. württ.) ist in ihre Heimatgarnison Cannstatt einmarschiert. Im Januar 1917 in Ulm aufgestellt, hat sich die Batterie in den Kämpfen des Jahres 1917 um Verdun, in den vier großen Angriffsschlachten des Frühjahres 1918 und in den schweren Abwehrkämpfen der letzten Monate hervorragend geschlagen.

(-) **Stuttgart, 7. Dez.** (Aus dem Parteileben.) In der heute nachmittag stattgefundenen Sitzung des Hauptauschusses der Deutschen demokratischen Partei gab der Vorsitzende, Konrad Hausmann, einen Bericht über die bisherige Organisationsarbeit. Der Hauptauschuss ist als geschäftsführendes Organ gedacht und es teilen sich in die politische, soziale und wirtschaftliche Arbeiterarbeit zwölf Ausschüsse. Die Gesamtheit der Ausschüsse bildet die Parteileitung. Diese Beratungen werden von der ersten Partei-Landesversammlung bestätigt und künftig von derselben vorgenommen. Daraus erfolgte die Konstituierung des Hauptauschusses. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Konrad Hausmann, zum stellv. Vorsitzenden Abg. Jul. Baumann, Mitglied der prov. Regierung, berufen, und zu Schriftführern Abg. Fischer und Parteisekretär Hoff, zum Schatzmeister Paul Lig bestellt. Als Mitglied des Hauptauschusses koordinierte derselbe Direktor Eiser vom

„Neuen Tagblatt“. — Minister Baumann berichtet über die Bildung der Ausschüsse und es wurde auf seinen Antrag noch ein Ausschuss für Gemeindepolitik gebildet. Ueber die Organisation der jungen deutschen demokratischen Partei „Junge Demokratie“ wird grundsätzlich bestimmt, daß mit der Mitgliedschaft der Jugendorganisation die Zugehörigkeit zu der Gesamtpartei für Württemberg und das Reich erworben wird. Der Entwurf des Parteiprogramms wird von dem Berliner Ausschuss überandt. In dem württembergischen Programm wurde vorgeschlagen, den Präsidenten des württembergischen Freistaats durch Volkswahl zu berufen; die Wahlperiode soll zehnjährig sein. Auch wurde der Vorschlag gemacht, die erstmalige Wahl durch die verfassunggebende Versammlung vorzunehmen. Das Referendum soll eingeführt werden. Der Anschluß der hohenzollerischen Staatsangehörigen soll erleichtert werden; es hätte aber eine Klärung der finanzpolitischen Verhältnisse des früheren Fürstentums voranzugehen. Ferner soll die Frage geprüft werden, ob nicht ein Teil der staatlichen Aufgaben Württembergs und Badens gemeinsam besser und billiger erfüllt werden könne. Bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche am zum Ausdruck, daß jedenfalls die protestantische Kirche die Anerkennung als öffentlich-rechtliche Korporation mit eigenem Steuerrecht beanspruche; diesem Verlangen werde der Staat entgegenkommen müssen. Klare Richtlinien für die Gehaltung des Unterrichts wird der Ausschuss für Volksbildung vorlegen. Am 6. Januar sollen in allen Oberämtern des Landes große Wählerversammlungen stattfinden. Endlich wurde beschlossen, die Vorverlegung des Wahltermins zur Nationalversammlung mit größtem Nachdruck zu beantragen.

ep. **Stuttgart, 6. Dez.** (Zur Neuordnung.) Ein Arbeitsausschuss evangl. Frauen zur Erhaltung und Förderung der sittlich-religiösen Kräfte des Volkstums hat sich dieser Tage in Stuttgart gebildet. Er verlangt bei der bevorstehenden Neuordnung des Verh.

Baden.

Politische Vorgänge in Baden.

(-) **Karlsruhe, 8. Dez.** Die badische Zentrumspartei veröffentlicht ihren Wahlaufsatz, in welchem an die Spitze der Programmforderungen der Satz gestellt ist: „Das neue Zentrum ist eine christlich-soziale Partei.“ Es wird u. a. verlangt, daß die deutsche Außenpolitik unter die Kontrolle der Volksvertretung gestellt bei der Finanzpolitik Kriegsgewinne und Großkapital herangezogen, die schwachen Schultern gespart und keine Ausgabe ohne Deckung vorgenommen wird. Die innerpolitischen Forderungen enthalten: Freie Bahn für die Selbstverwaltung und freie Betätigung jedes Staatsbürgers in Gemeinde, Kreis und Staat ohne Rücksicht auf eine religiöse und politische Anschauung. Des weiteren verlangt das Zentrum des Ausbaus der Arbeiterversicherung, Schutz vor lohnbrückenden ausländischen Arbeitern, Erziehung für den Mittelstand und Fürsorge für die Privatbeamten. Die Trennung von Staat und Kirche wird grundsätzlich abgelehnt.

Die bisher liberalen „Eigener Nachrichten“ werden nunmehr als Organ der demokratischen Partei erscheinen.

Die badischen Staatsbeamten in Basel haben sich an die vorl. Volksregierung mit dem Ersuchen gewandt, ihnen zur badischen Nationalversammlung das Wahlrecht einzuräumen und bei der Reichsleitung alsbald anregen zu wollen, daß ihnen auch für das Reich die gleichen politischen Rechte eingeräumt werden. Nach ihrem Wunsch sollte für die Wahlen zur Nationalversammlung in Basel und Schafhausen je ein Wahlbezirk gebildet werden.

(-) **Karlsruhe, 7. Dez.** Am Freitag mittag erfolgte der offizielle Einzug des Feld-Regts. Nr. 50, das vor dem Rathaus von dem Oberbürgermeister und dem Comm. General des aktiven 14. A. K. Generalleutnant von Gontard begrüßt wurde.

(-) **Wintersdorf bei Rastatt, 7. Dez.** Zwei hiesige Bürger, die sich in einem Nachen an das städtische Ufer begeben hatten, wurden dort von einer französischen Patrouille festgenommen.

Die silb. **Ye** Dienstmedaille erhielt u. a. Robert Ruch von hier.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilsbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Einladung

Zur Lösung von **Neujahrswunschheftkarten**

wird auch heuer wieder eingeladen. Die Karten können beim Amtsdienster und den Schulleuten in Empfang genommen werden. Die eingegangenen Beiträge werden auf Neujahr zur Unterstützung von Armen, namentlich solcher, die nicht in öffentlicher Armenunterstützung stehen, verwendet werden. Die Namen der Kartenlöser werden noch vor Neujahr bekannt gegeben mit dem Hinweis, daß derjenige, welcher eine solche Karte erwirbt, auf diese Weise seine Neujahrgratulation darbringt und auch seinerseits auf Besuche oder Kartenzusendungen verzichtet.

Wilsbad, den 8. Dezember 1918.
Stadtschultheiß: G. Stadtpfarrer: Rath, Stadtpfarrer
Bäcker. Köster. Fischer.

Käse-Abgabe

Auf Lebensmittelkarte 15 wird abgegeben 100 gr. Käse. Schwerarbeiter erhalten auf Karte 19 300 gr. Schwerarbeiter 500 gr. Zulage.
Rüstenschluß Dienstag Abend 6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt

Bekanntmachung

Vom ehemaligen Refektoriazett Volksschule, sind noch Bestände von Hemden, Unterhosen, Socken und Taschentücher sowie gestreifte Lazarettanzüge vorhanden. Diese Gegenstände werden nur an bedürftige Kriegsteilnehmer abgegeben und erfolgt die Abgabe im Wege der Verlosung. Der Erlös hieraus wird den hiesigen Kriegswaisenfonds überwiesen. Anmeldungen auf obige Sachen werden am Dienstag, den 10. ds auf dem Stadt. Lebensmittelamt entgegen genommen.

Blaufelchen

sind eingetroffen **Adolf Blumenthal.**

Ein einfaches möbliertes **Zimmer** Annahmen zu einem **Tanzkursus** nimmt entgegen. **Karl Kometsch** zur alten Linde.

möglichst Mitten der Stadt sofort zu mieten gesucht. Angebote an die Exped. [95
Schulstempel empfiehlt **E. W. Gott.**

Geschäfts-Empfehlung.

Der titl. Einwohnerschaft insbesondere meiner werten Nachbarschaft zur gef. Kenntnis, daß ich vom Heere entlassen bin und meine

Bäckerei wieder eröffne.

Um gütigen Zuspruch bittet **Karl Treiber Bäckermester,**

Tamavino

Gesunder Obstmost Ersatz

in Portionen für 100 Ltr. mit künstl. Süßstoff Ml. 9— ohne künstl. Süßstoff für 75 Ltr. Ml. 6— empficht

Robert Treiber,